

POLITIK

Aktuelle Informationen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Nr. 6

April 1976

Nach der Verabschiedung der Abkommen mit Polen:

Die Aussiedler in Deutschland würdig begrüßen



120 000 bis 125 000 Menschen können in den nächsten vier Jahren, wenn sie wollen, aus Polen in die Bundesrepublik ausreisen. Außerdem wird – nach diesen vier Jahren – die Ausreise weiterer Deutscher, die unter die gleichen Kriterien fallen, nach dem gleichen Verfahren ermöglicht. Das war die Abmachung, und bei der ist es in der Sache geblieben. Das ist ein großer Erfolg der Bundesregierung, besonders des Bundeskanzlers und des Außenministers.

Die Bundesregierung und der polnische Vertragspartner haben bewußt der CDU/CSU geholfen, einen Weg zu ihrer Zustimmung zu finden, um in der praktischen Politik der Verständigung endlich weiterzukommen.

Die Verträge sind ratifiziert, wie sie Schmidt und Genscher ausgehandelt haben und wie sie vom Bundeskanzler mit Gierek am Rande der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) in Helsinki vorbesprochen worden waren.

Bedenklich ist,

- daß es dem deutschnationalen Flügel in der CDU/CSU gelungen ist, über Wochen hinweg außenpolitische Verträge der Bundesrepublik als innerparteilichen Schlagring zu mißbrauchen;
- daß unser Staat in die Gefahr gebracht wurde, als vertrauenswürdiger Vertragspartner in Zweifel gezogen zu werden;
- daß der Bundesrat in die Gefahr gebracht wurde, ent-

gegen dem Sinn des Grundgesetzes mit der Verweigerung seiner Zustimmung zum völlig unbestrittenen Rentenabkommen auf ganz anderen Gebieten zur Nebenregierung zu werden.

Der CDU-Vorsitzende Kohl hat sich als ein Mann gezeigt, der seine Meinung von Stunde zu Stunde ändern muß. Albrecht und Röder zeigten dagegen mehr Statur. Die ablehnende Haltung von Franz Josef Strauß paßt in die Gesamtstrategie der CDU/CSU, die darauf angelegt ist,

– daß Strauß und Carstens mit ihrer Ablehnung den harten Kern der CDU/CSU-Wähler binden, während

– Kohl und Albrecht auf jene zielen, die eine liberale und moderne Verpackung für die in der Substanz gleiche Politik vorziehen.

Dazu **Herbert Wehner**, Fraktionsvorsitzender der SPD im Deutschen Bundestag:

„CDU und CSU müssen selbst mit sich ins reine zu kommen suchen. Die Verrenkungen, die sie im Ringen um die Abkommen und damit um die auswärtigen Beziehungen veranstaltet und unserem Volk, dem polnischen Vertragspartner und der internationalen Öffentlichkeit zugemutet haben, sind von den dafür Verantwortlichen aus parteipolitischem, innenpolitischem Kalkül verursacht worden. Es bedurfte des staatspolitischen Verantwortungsbewußtseins der sozialliberalen Koalition, um unser Volk vor Schaden zu bewahren.“